



Jugend und Parlament 2008 - Vorlage Weltsicherheitsrat -

Hintergrundinformationen zum Antrag zu einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat

Einige bekannte Außenpolitiker der Großen Koalition aus KVP und APD haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag das Interesse Deutschlands an einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erneut bekunden und die Bundesregierung zu entsprechenden Schritten auffordern soll.

Hintergrund des Antrages

Die **Vereinten Nationen** (VN, entsprechend des englischen Namens *United Nations* auch im deutschen Sprachraum oft UN genannt – daneben ist auch UNO für *United Nations Organization* gebräuchlich) sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten. Ihre wichtigsten Aufgaben sind die Sicherung des Weltfriedens und der Einhaltung des Völkerrechts sowie der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Ein zentrales Organ der Vereinten Nationen ist der **Weltsicherheitsrat**. Die Entsandten der dort vertretenen Regierungen können dort bindende und durchsetzbare Beschlüsse fassen. Beschlossen werden können beispielsweise friedenssichernde- und friedenserzwingende Maßnahmen sowie nichtmilitärische Druckmittel wie z. B. Handelsembargos.

Kapitel 5, Artikel 25.1 der Charta der Vereinten Nationen bestimmt:

Um ein schnelles und wirksames Handeln der Vereinten Nationen zu gewährleisten, übertragen ihre Mitglieder dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und erkennen an, dass der Sicherheitsrat bei der Wahrnehmung der sich aus dieser Verantwortung ergebenden Pflichten in ihrem Namen handelt.

Artikel 24.1 bestimmt über dessen Zusammensetzung:

Der Sicherheitsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern der Vereinten Nationen. Die Republik China, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland sowie die Vereinigten Staaten von Amerika sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrats. Die Generalversammlung wählt zehn weitere Mitglieder der Vereinten Nationen zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats; hierbei sind folgende Gesichtspunkte besonders zu berücksichtigen: in erster Linie der Beitrag von Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zur Verwirklichung der sonstigen Ziele der Organisation sowie ferner eine angemessene geographische Verteilung der Sitze.

Der Weltsicherheitsrat hat bis heute 5 ständige Mitglieder (wobei an die Stelle der Republik China, d.h. Taiwan, 1971 die Volksrepublik China getreten ist und Russland 1991 den Sitz der Sowjetunion übernommen hat).

Die Bundesrepublik Deutschland ist (gleichzeitig mit der DDR) den Vereinten Nationen erst 1973 beigetreten, hat allerdings schon seit den 50er Jahren aktiv in Unterorganisationen mitgearbeitet. In den Jahren 1977/78 und 1987/88 war die Bundesrepublik, 1980/81 die DDR als nichtständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat. Das vereinte Deutschland war dort 1995/96 und 2003/04 vertreten.

Seit dem Ende des Kalten Krieges wird über eine Reform der Vereinten Nationen diskutiert. Insbesondere bezogen auf den Weltsicherheitsrat werden allgemein Anpassungen an die aktuelle globale Situation für notwendig gehalten. Einerseits werden Japan und Deutschland aufgrund ihrer politischen Bedeutung aber auch weil sie wichtige Beitragszahler zum Haushalt der Vereinten Nationen sind, häufig als mögliche Mitglieder ins Spiel gebracht. Andererseits wird von vielen bemängelt, dass die gegenwärtige Zusammensetzung des Weltsicherheitsrates ausschließlich die nördliche Halbkugel berücksichtige und eine Dominanz der westlichen Staaten bedeutete.

Nach anfänglichem Eintreten für einen Sitz der EU bemühte sich die Bundesregierung etwa ab dem Jahr 2000 um einen nationalen deutschen Sitz. Innerhalb der „Gruppe der Vier“ (G4: Japan, Brasilien, Indien und Deutschland) wurde vereinbart, gemeinsam für 5 weitere ständige Sitze im Weltsicherheitsrat einzutreten – einer davon sollte einem afrikanischen Land zukommen.

Eine Reihe von Ländern startete diplomatische Bemühungen, um dies zu verhindern. Italien sträubte sich dagegen, im Vergleich zu den anderen großen EU-Staaten deutlich schlechter gestellt zu werden und somit von weltpolitischen Fragen ausgeschlossen zu sein. Afrikanische Staaten fühlen sich generell zurückgesetzt. Korea und China stellten sich insbesondere gegen eine Erweiterung um Japan. Die USA hielten sich bis zum Ende bedeckt. Schließlich fand sich im September 2005 keine trotz intensiver diplomatischer Bemühungen nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit in der VN-Generalversammlung (in der alle 192 Mitgliedsstaaten mit jeweils einer Stimme vertreten sind.)

Nachdem die Bundesregierung seither wiederholt den Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Sitz bekräftigt hat, geht es nun darum, ob diesbezüglich ein neuer internationaler diplomatischer Vorstoß unternommen werden soll.

Antrag

von Abgeordneten der Fraktion der KVP und der Fraktion der APD

Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. weiterhin auf eine dringend notwendige Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) hinzuarbeiten und die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands aufrechtzuerhalten,
2. gegenüber den europäischen Partnern klarzustellen, dass hiermit keine Abkehr vom Bestreben der Bundesrepublik Deutschland zum Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union verbunden ist.

Berlin, den 25. Mai 2008

Die Antragsteller

Begründung des Antrags

Der Deutsche Bundestag verabschiedet diesen Antrag:

- auf Basis der Verpflichtung des Grundgesetzes, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“;
- im Wissen, dass die Vereinten Nationen nach wie vor dringend reformbedürftig sind,
- in Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland der drittgrößte Beitragszahler der Vereinten Nationen ist,
- unter Berücksichtigung der maßgeblichen Rolle, die Deutschland heute im Rahmen internationaler Militäreinsätze spielt,
- in Anerkennung der besonderen Bemühungen, die die Bundesregierung aktuell in enger Abstimmung mit dem Hohen Beauftragten der Europäischen Union, mit Frankreich und Großbritannien sowie den übrigen Ständigen Mitgliedern des Weltsicherheitsrates im Zusammenhang mit aktuellen Krisen unternimmt.

Positionen der KVP



Einige außenpolitische Experten ihrer Fraktion waren an der Erstellung des Antrages beteiligt. Ihr Bestreben ist es, beinahe zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges die UN endlich so zu organisieren, dass ihre Institutionen die aktuelle Situation der Welt abbilden.

Erfahrene **Außenpolitiker** der Fraktion, die mit der Bewältigung aktueller weltpolitischer Krisen befasst sind und am Verfassen des Antrages beteiligt waren, betonen, dass jeder Impuls hin zu neuen Reformbemühungen wichtig und notwendig ist.

- Es ist an der Zeit, für Deutschland eine seinem **aktuellen politischen Gewicht entsprechende Rolle** einzufordern. Deutsche Zurückhaltung in dieser Frage dient weder der UN, noch der EU, noch deutschen Interessen.
- Weder Frankreich noch Großbritannien haben je die Bereitschaft zur Aufgabe des eigenen Sitzes signalisiert. Entsprechend darf auch Deutschland **auf eine nationale Vertretung nicht verzichten**.
- Auch nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages und der Schaffung einer Rechtspersönlichkeit der EU sowie dem Aufbau eines europäischen diplomatischen Dienstes **wird es dauern, bis die EU auf Augenhöhe mit Staaten verkehren kann**.

Ausgehend von der Parteiführung bestehen innerhalb der Fraktion allerdings erhebliche Zweifel, ob eine solche Initiative nicht der traditionell auf ein Zusammenwachsen Europas gerichteten Politik ihrer Partei entgegenstehen würde.

Hierfür bringen die **Europapolitiker** folgende Argumente:

- Der Versuch Deutschlands, aus nationalem Interesse zu den „Großmächten“ aufzuschließen wird von den mittleren und kleineren Ländern der EU als **Abkehr von den gemeinsamen außenpolitischen Zielen** und als Gefahr eines eigenen relativen Bedeutungsverlusts wahrgenommen werden
- Das Beharren Deutschlands auf einen eigenen nationalen ständigen Sitz ist **kaum geeignet, Großbritannien und Frankreich mittelfristig zu einem Verzicht auf ihre eigenen nationalen ständigen Sitze zu bewegen**,
- Die Forderung nach einem dritten ständigen Sitz für einen EU-Staat macht international die **gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU unglaubwürdig**

In der Fraktion werden folgende Optionen diskutiert:

- **Eine Europäisierung des französischen und/oder britischen Sitzes.** Insbesondere gegenüber dem wichtigsten Partner Frankreich wäre auszuloten, zu welchen Bedingungen Deutschland und auch die übrigen EU-Staaten oder aber gemeinsame europäische Institutionen (wie der Hohe Beauftragte für Außenpolitik) bei der Teilnahme an Sitzungen des Weltsicherheitsrates berücksichtigt werden oder zumindest auf Positionen und Abstimmungsverfahren Einfluss nehmen könnten.
- **Das Eintreten für einen originär „Europäischen ständigen Sitz“,** der durch Vertreter der Europäischen Union (das heißt den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik bzw. im Alltag einen EU-Botschafter bei der UN einzunehmen ist.)
- **Eine Selbstverpflichtung Deutschlands, den Sitz nur treuhänderisch für die EU wahrzunehmen.** Demnach wären bei Abstimmungen insbesondere die kleinen EU-Staaten zu konsultieren und der im Aufbau befindliche europäische diplomatische Dienst einzubeziehen.

Positionen der APD



Die APD sieht im vorliegenden Antrag eine Aufforderung zur Fortsetzung der Politik der von Ihrer Partei geführten Vorgängerregierung.

In der Partei werden insbesondere die folgenden Argumente vorgebracht:

- Um in der eigenen **Politik verlässlich und glaubwürdig** zu bleiben, ist es erforderlich, dass die zu Recht bezogene Position, Verantwortung auch im Weltsicherheitsrat übernehmen zu wollen, nicht wieder aufgegeben wird.
- Die Tatsache, dass insbesondere die Bush-Administration aufgrund des Irak-Konflikts Deutschland einen Aufstieg zum ständigen Mitglied im Weltsicherheitsrat nicht gönnen wollte, **bedeutet nicht, dass eine VN-Reform verzichtbar** und ein deutscher Sitz auf Dauer unerreichbar ist.
- Eine wesentliche Schwäche der Initiative der Gruppe der Vier (Brasilien, Indien, Japan und Deutschland) war, dass zwischen den Staaten Afrikas keine Einigkeit darüber bestand, wer den Kontinent im Weltsicherheitsrat vertreten sollte. Hier waren namentlich Ägypten, Nigeria und Südafrika im Gespräch. Die Bundesregierung sollte sich durch ein Problem, das außerhalb ihrer Verantwortung liegt und mit der eigenen Forderung nichts zu tun hat, nicht von nationalen Zielen Deutschlands abringen lassen. **Es ist Sache der Afrikaner, zu bestimmen, wer die G4 von afrikanischer Seite ergänzen sollte.**
- Deutschlands Beharren auf einem ständigen Sitz richtet **sich nicht gegen die Europäische Einigung**. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Europäischen Union wird Deutschland selbstverständlich bereit sein, gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien zugunsten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf die eigene nationale Vertretung im Weltsicherheitsrat zu verzichten.
- Als einer der größten Truppensteller bei internationalen Einsätzen, als drittgrößter Beitragszahler und als wichtiger Akteur in aktuellen diplomatischen Bemühungen zur Beilegung von Konflikten spielt Deutschland **eine verlässliche Rolle in den internationalen Beziehungen**. Dies findet zunehmend internationale Anerkennung. Die Bundesregierung muss daher geduldig und beharrlich ihren Zielen treu bleiben.
- Im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Europäischen Union ist es **illusorisch, über eine Vertretung der EU im Weltsicherheitsrat zu sprechen**. Schließlich können dort laut UN-Charta nur Staaten aufgenommen werden.

Die Liberalen haben in Deutschland sehr lange die Außenminister gestellt. Liberale Politiker haben die deutsche Außenpolitik maßgeblich geprägt. Typisch für die Haltung der LRP ist das **Bekenntnis zum Multilateralismus** (das heißt, zu einer Außenpolitik, die immer versucht, mit möglichst vielen gemeinsam zu handeln).

Die LRP ist davon überzeugt, dass die Vereinten Nationen dringend grundlegend reformiert werden müssen, damit sie ihre Aufgaben bei der **Förderung von Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechten effektiver erfüllen** können. Der Weltsicherheitsrat muss handlungsfähiger werden und gleichzeitig die geopolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts besser abbilden.

Allerdings wäre es nach Meinung der LRP grundfalsch, zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Antrag zu verabschieden, und zwar aus folgenden Gründen:

- nach dem gescheiterten Reformversuch 2005 besteht **allgemein eine große Zurückhaltung**, das Thema wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Solange das Thema nicht von anderen Staaten forciert wird, sollte Deutschland es vermeiden, den Eindruck hartnäckiger nationaler Interessenpolitik zu erwecken.
- Unter den aktuellen Veto-Mächten im Weltsicherheitsrat stehen nach wie vor **China und die USA einer deutschen Mitgliedschaft skeptisch gegenüber**. Bzgl. China haben deutsche Reaktionen auf die Situationen in Tibet nicht gerade zu erhöhtem Rückhalt geführt, bzgl. USA ist eine Neubewertung erst nach der Neuwahl des US-Präsidenten und nach dessen Amtsantritt möglich.
- In Europa stellen sich nach wie vor **eine ganze Reihe von EU-Partnern gegen eine ständige deutsche Mitgliedschaft**, darunter das durchaus bedeutsame Italien. Hier muss im Kreis der Nachbarn zunächst ein für alle vertretbarer Ansatz gefunden werden, bevor ein erneuter Anlauf in Frage kommt.
- Eine Neugestaltung des Weltsicherheitsrates wird **ohne Hereinnahme afrikanischer und südamerikanischer Staaten nicht zu machen** sein. Allerdings ist nach wie vor ungeklärt, welche Länder berücksichtigt werden sollen. In Afrika erheben Südafrika, Nigeria und Ägypten Ansprüche, in Südamerika stellt sich Argentinien gegen Brasiliens. Jede deutsche Initiative droht chancenlos zu verpuffen, solange noch so viele Hindernisse auf dem Weg liegen.

Zudem bleibt ein ständiger Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat gegenüber einem europäischen Sitz nur **zweitbeste Lösung**. Im Hinblick auf die außenpolitischen Möglichkeiten der EU ist es absolut unabdingbar, dass die EU mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon eine eigene Rechtspersönlichkeit erhält und in der UN handlungsfähig wird. Auch muss der Europäische Diplomatische Dienst, bestehend aus Mitarbeitern der Generaldirektion Außenbeziehungen der Kommission und Mitarbeitern der Außenministerien der Mitgliedsstaaten, arbeitsfähig und etabliert sein.

Deutschland hat ein großes Interesse daran, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union gemeinsam mit den Partnern vorangebracht wird. Jeder Antrag zu diesem Thema würde zum jetzigen Zeitpunkt die europäische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik in Frage stellen, die Partner brüskieren, und deutschen Interessen nicht dienlich sein. Daher darf kein Antrag verabschiedet werden.

Positionen der PSG

PSG

Partei der sozialen
Gerechtigkeit

Ein Sicherheitsratssitz für Deutschland, noch dazu mit Vetorecht, macht die Welt nicht sicherer und die Vereinten Nationen nicht demokratischer. Er dient einzig und allein dem Interesse der Bundesregierung, gemeinsam mit den vermeintlich „Großen“ **imperialistische Politik** machen zu können.

Im Unterschied zu den Bewerbungen von Brasilien, Indien und Japan, mit denen Deutschland zuletzt zusammen agiert hat, ist **die deutsche Forderung sachlich nicht begründet** und politisch nicht zu vermitteln. Ein deutscher Sitz als Ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat ist für die Vereinten Nationen kontraproduktiv.

Mit Deutschland würde ein **vierter europäisches Land** nach Großbritannien, Frankreich und Russland als Ständiges Mitglied in den Weltsicherheitsrat einziehen.

Afrika und die arabische Welt sind in diesem Gremium überhaupt nicht vertreten. Das hindert die Vereinten Nationen in ihrer Globalität.

Nach Auffassung der PSG sollte kein Staat, der **nicht wenigstens 0,7 % seines Bruttosozialproduktes** für Entwicklungszusammenarbeit einsetzt - in Deutschland sind es gerade 0,37 % - neues Mitglied im Weltsicherheitsrat werden.

Grundsätzlich ist eine Erweiterung des Weltsicherheitsrates das **falsche Instrument**, wenn es darum geht, die Vereinten Nationen zu reformieren. Stattdessen muss die Generalversammlung aufgewertet werden und die UN müssen eine bessere finanzielle und logistische Ausstattung erhalten, um sich gegen Hunger und für Menschenrechte einzusetzen zu können.

Statt Deutschland in eine außenpolitische Rolle zu drängen, die es vor seiner Vergangenheit nicht verantworten und in der Zukunft nicht bewältigen kann, sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass endlich jene Staaten und Völker eine Stimme im Sicherheitsrat bekommen, die zu dauerhaften Opfern der kapitalistischen Globalisierung werden. Ein **Vertreter der 40 ärmsten Staaten** der Erde mit Vetorecht im Sicherheitsrat könnte mit Sicherheit mehr für Frieden und Entwicklung in der Welt bewirken als all jene Länder, die jetzt in das Gremium hineindrängen.

Daher ist die PSG eindeutig gegen die Verabschiedung des vorliegenden Antrages.

Positionen der ÖSP

Die ÖSP hat die Bemühungen des damals von ihr gestellten Außenministers, im Rahmen einer generellen Reform der UN auch einen ständigen Sitz für Deutschland zu erreichen, mitgetragen und für richtig gehalten.

Allerdings ist sie gegen den vorliegenden Antrag, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der Weg, eine **Reform** des Sicherheitsrates über die Hereinnahme zusätzlicher großer Staaten zu erreichen, ist **gescheitert**.
2. Es ist offenkundig, dass mit diesem Ansatz **kein breiter Konsens** für eine Reform erreicht werden kann, weil immer wichtige Staaten ausgeschlossen bleiben.
3. Bei einer Berücksichtigung mehr oder weniger großer Einzelstaaten wird auch immer ein **regionales Ungleichgewicht** bestehen bleiben. Europa ist schon jetzt überrepräsentiert, Afrika kann kaum angemessen vertreten werden, weil es dort keinen Staat mit global relevantem Machtpotential gibt.
4. Mit einem Festhalten am Streben nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat würde Deutschland erneut einen **zum Scheitern verurteilten Versuch unternehmen**, weil sich an der Gesamtsituation nichts geändert hat.

Die ÖSP tritt vielmehr dafür ein, einen gänzlich neuen Ansatz für Reformanstöße zu wählen, der aus den Erfahrungen des letzten Versuches Lehren zieht und gänzlich neue Perspektiven eröffnet:

- Deutschland sollte sein politisches Gewicht dafür einsetzen, dass die Forderung nach einer „**angemessenen geographischen Verteilung**“ der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat (vergl. Art. 24.1 der VN-Charta) endlich erfüllt wird. Den Erdteilen oder Weltregionen (Afrika, Arabien, Australien & Ozeanien, Europa, Nordamerika, Südamerika, Südostasien) stehen Sitze entsprechend ihres Anteils an der Weltbevölkerung zu.
- **Je nach regionalen Gegebenheiten** könnten einzelne Staaten dauerhaft oder eine Anzahl von Staaten in einer Art Rotation dem Weltsicherheitsrat angehören.
- Darüber hinaus sollten die Regeln der Vereinten Nationen es künftig ermöglichen, dass auch supranationale Organisationen eine ganze Region verbindlich vertreten können. Mit Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages wird die EU Rechtspersönlichkeit und damit die Fähigkeit erhalten, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik direkt (das heißt nicht über ihre Mitgliedstaaten) zu agieren, zu verhandeln und Vereinbarungen zu schließen. Damit bestehen dann die Grundlagen dafür, dass die EU **zur globaleren Vorreiterin einer faireren und demokratischeren politischen Struktur** werden kann.